

Pakistanisches Stimmungsbild - Wie gefährdet ist Musharraf?

Susanne Thiel

Der pakistanische Staatschef Pervez Musharraf hat die Vereinigten Staaten von Amerika seiner uneingeschränkten Unterstützung versichert und die Mitarbeit an der weltweiten Aktion gegen den Terrorismus versprochen. Unerwartet hat Pakistan eine Schlüsselrolle übernommen aufgrund seiner engen politischen Kontakte zu Afghanistan und der vorhandenen Informationen über die Taliban und mögliche Aufenthaltsorte Bin Ladens. Musharraf wußte, was er riskiert, wenn die erwünschte Hilfestellung nicht erfolgt: Der Kredithahn für Pakistan würde zugekehrt, das Land ginge bankrott und Musharraf verlöre seine Herrschaftsbasis. Hinzu käme die internationale Isolation, wenn Pakistan endgültig als „Schurkenstaat“ eingestuft würde. Das Land erhielte keine wirtschaftliche Hilfe mehr und könnte eventuell selbst Ziel von Vergeltungsaktionen werden.

„Der schwierigste Job der Welt“, lautete die Schlagzeile eines internationalen Nachrichten-Magazins. Damit ist Musharrafs Spagat gemeint, den er seit dem 11. September vollführen muß. Er hat sich auf die Seite derer gestellt, die den Terror bekämpfen wollen und hat in der westlichen Hemisphäre einen warmherzigen Empfang erlebt, von dem er früher nur träumen konnte. Als Alliierte der „Freien Welt“ wurde er gepriesen und unter Zugzwang gestellt. Durch den aufflammenden Protest der verschiedenen extremistischen religiösen und politischen Parteien entstanden Befürchtungen, seine Fähigkeit, die Zügel der Macht in der Hand zu halten, zu verlieren. Die westliche Presse gab ihren Befürchtungen Ausdruck, Musharraf riskiere nicht nur seine Machtposition, sondern auch sein Leben; sowohl seine eigene Armee als auch der militärische Geheimdienst Interservices Intelligence (ISI) könnten ihm gefährlich werden.

Der ISI genießt einen legendären Ruf. Er kontrolliert nicht nur die Geschehnisse im Land, sondern darüber hinaus reicht sein Einflußbereich weit in die angrenzenden Regionen wie Indien, Kash-

mir und Afghanistan hinein. Er ist ein Staat im Staate, bei ihm laufen die Informationen zusammen, welche die anderen Geheimdienste, zivile und militärische, gesammelt haben. Er war und ist u. a. auch bei der Beschaffung von Materialien und Kenntnissen zum Bau von Atomwaffen sowie der dazugehörigen Trägersysteme aktiv.

Afghanistanpolitik à la Pakistan

Die oftmals vertretene Meinung, daß der ISI zusammen mit fundamentalistischen Organisationen die Taliban geschaffen und dann nach Afghanistan exportiert hätte, ist sicherlich zu einfach und zu pauschal. Natürlich war die Einflußnahme groß, und auch Amerika hatte zunächst nichts gegen die „Heiligen Krieger“ einzuwenden. Galten sie doch als Bollwerk gegen die damalige Sowjetunion. Auch der Zugang zu den Ölpipelines von Zentralasien durch Afghanistan nach Karachi spielte sicherlich eine große Rolle. Der ISI bediente sich der Taliban, weil sie sich einen pakistanfreundlichen Staat im Westen erhofften, um im Falle eines eventuellen Konfliktes mit Indien den Rücken frei zu haben. So konnten die Taliban in kurzer Zeit mit pakistanscher Hilfe fast das ganze Land unter ihre Kontrolle bringen, aber nie ein funktionierendes Staatswesen aufbauen. Mit ihren rigorosen, religiös-gerechtfertigten Methoden zur Reglementierung des täglichen Lebens verspielten sie die anfänglichen Sympathien großer Teile der Bevölkerung. Der Taliban-Führer Mullah Mohammed Omar gewährte schließlich Usama Bin Laden Unterschlupf. Um nicht Ziel von Antiterror-Operationen der USA zu werden, mußte sich der Geheimdienst von den Taliban distanzieren. Die Amerikaner verlangen, daß ihnen sämtliche Informationen zugänglich gemacht werden, die über die Taliban und Usama Bin Laden verfügbar sind. Aber wer kann beurteilen, ob der ISI wirklich alles sagt, was er weiß und ob die Informationen auch tatsächlich zutreffen?

Wenige Tage nach der terroristischen Attacke vom 11. September sagte Musharraf den USA seine Unterstützung bei der Verfolgung der gesuchten Terroristen zu. Im gleichen Atemzug riefen Extremisten im Land zu Protesten auf. Besonders nach den Freitagsgebeten strömten in Peshawar, Islamabad und Lahore Tausende Menschen auf die Straßen, um sich an Demonstrationen zu beteiligen, die von Führern radikaler Gruppen organisiert worden waren. Anhänger des Taliban-Regimes in Pakistan lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Massenbewegungen blieben aber entgegen entsprechender Erwartungen aus, auch wenn sich die Medien alle Mühe gaben, die Vorfälle aufzubauschen, und die gleichen Szenen wieder und immer wieder gesendet wurden. Aus Angst vor Gewaltakten blieben in den Innenstädten viele Geschäfte geschlossen und folgten den Streikaufrufen; in der Peripherie störten sich aber viele gar nicht daran. Auch Universitäten und Schulen hatten eine Zeit lang unregelmäßige Betriebszeiten. Besonders in Peshawar zogen Freitags regelmäßig Menschengruppen in das Stadtzentrum, und riefen, von religiösen Führern angeheizt, anti-amerikanische und anti-pakistanische Slogans. In den emotional aufgeschaukelten Reden wurde den Taliban und Bin Laden Unterstützung zugesagt.

Auch in Karachi kam es zu gewalttätigen Demonstrationen, Steine flogen auf Autos und Busse, die Beamten setzten Tränengas ein und verhafteten einige Demonstranten. Auch in Stadtteilen mit hohen afghanischen Bevölkerungszahlen lieferten sich fanatische Gruppen Kämpfe mit der Polizei. In der Hauptstadt Islamabad blieben einige Tag lang Schulen und Büros auf Anweisung der Regierung geschlossen. Nach dem Freitagsgebet in der Lal Masjid warnten Geistliche vor der Kollaboration mit den Vereinigten Staaten und riefen zu Streiks und Demonstrationen auf. Stimmen wurden laut, Musharrafs Haltung werde einen Bürgerkrieg auslösen.

Testfall für die Regierung

Anti-Amerikanismus und Sympathie für die Taliban und Usama Bin Laden in Pakistan wurden mit Unmut von der westlichen Welt registriert. Besorgniserregend ist, das pakistanische fundamentalistische Gruppen den Schultergeschloß mit ihren afghanischen Gesinnungsgenossen angekündigt und einen langanhaltenden „Heiligen Krieg“ versprochen. Reichen aber vereinzelte Aktionen, Propaganda-CDs und T-Shirts mit Usama-Konterfei aus, um eine Regierung zu stürzen? Musharraf könne sich nur noch mit Mühe gegen die fortschreitende Talibanisierung in seinem Land behaupten, schrieben deutsche Zeitungen. Der Sturz des sich gemäßigt gebenden Staatschefs würde endgültig die Fundamentalisten an die Macht und damit auch an die Kontrolle über die pakistanischen Atombomben bringen, befürchteten andere. Horrorszenarien oder reale Möglichkeiten?

Der pakistanische Wissenschaftsminister Atta-ur-Rahman versicherte bei einem Besuch in Berlin die pro-amerikanische Haltung seiner Regierung und die Entschlossenheit, den Terrorismus zu bekämpfen. Seiner Aussage nach haben „in der Geschichte Pakistans religiöse Parteien niemals eine bedeutende Rolle gespielt“. Musharraf selbst gibt sich selbstbewußt und entspannt, er scheint weder seine Armee noch den ISI zu fürchten. Geschickt hat er bisher Eskalationen im Land verhindert.

Der Generalstreik am 9. November war ein Testfall für die Regierung. Er sollte so ineffektiv und unspektakulär wie möglich verlaufen. Wichtige Anführer religiöser Gruppen standen unter Hausarrest oder saßen in Gewahrsam. Versammlungen waren verboten, selbst Lautsprecher-Ansagen wurden reglementiert. Und tatsächlich verlief der Tag relativ ruhig. Auch die großen Parteien wie PML, PPP, ANP und MQM unterstützen die Anti-Terrorismus-Allianz - nicht unbedingt, um Musharrafs Regierung zu stärken, sondern aus prinzipiellen Gründen: Religiöser Fanatismus und internationaler Terrorismus müssen bekämpft werden.

Musharraf betonte in einem Interview, daß die Mehrheit im Land die Terrorismusbekämpfung unterstütze. Eine kleine religiöse und extremistische Minorität zusammen mit Afghanen, die in Pakistan lebten, wären Ursache der Unruhen. In

den Lokalwahlen hätten die religiösen Parteien noch nicht einmal zwei Prozent der Wählerstimmen bekommen. „Wir sind nicht nur ein mächtiges und dynamisches, sondern auch ein moderates und progressives islamisches Land“, so der Diktator selbstbewußt.

Um die Armee gegen den Staatschef und General aufzubringen, müßte es eine Ablehnung seiner Entscheidungen und Maßnahmen auf breiter Basis geben - diese negative Einstellung ihm gegenüber ist aber nirgendwo zu spüren. Es gibt sicherlich Armeeinghörige, die eine extreme Richtung des Islam vertreten, aber nach armeeinternen Schätzungen soll die Quote relativ niedrig sein und vermutlich werden selbst bei vielen dieser Armeeinghörigen - auch bei Meinungsverschiedenheiten - die nationalen Interessen über die religiösen gestellt. Im Falle eines Umsturzes müßten sich überwiegende Teile der Armee gegen Musharraf stellen; seine Position innerhalb des Gefüges scheint aber so gefestigt zu sein, das Angehörige von Splittergruppen, die den Aufstand wagen würden, den Rest ihres Daseins in Militärgefängnissen verbringen dürften.

Der ISI-Faktor

Auch bei dem anderen Gefahrenfaktor, dem ISI, scheinen trotz der engen Beziehung zu den Taliban und seiner nicht unbedeutenden Rolle in der Innenpolitik, keine Pläne gegen Musharraf geschmiedet zu werden. Der ISI ist zwar eine mächtige und einflußreiche Institution, steht mit seinen 10.000 Mann - darunter zahlreiche Militärs - aber einer starken Armee von 700.000 gut trainierten und ausgerüsteten Soldaten gegenüber. In Musharrafs Händen laufen sowohl die Machtfäden der zivilen als auch der militärischen Systeme zusammen. Der Chef des ISI stammt ebenfalls aus den Rängen der Armee und muß dorthin auch zurückkehren. Sollte er sich gegen den Staatspräsidenten stellen, wäre seine Karriere ziemlich schnell beendet.

Auch in der Bevölkerung gibt es wenige laute Stimmen gegen Musharraf. Sein Militär-Putsch im Herbst 1999 war völlig unblutig verlaufen und schien auf breiter Bevölkerungsbasis willkommen geheißen zu werden. Die schweigende Bevölkerungsmehrheit konnte auch jetzt nicht gegen ihn mobilisiert werden, so laut es auch aus einigen Moscheen und auf Kundgebungen schallte. Selbst das

anhaltende Bombardement im Fastenmonat Ramzan (Anm. d. Red.: In Südasien gebräuchliche Schreibweise für Ramadan) hat nicht zu der befürchteten Volksreaktion geführt - vielleicht auch, weil die Taliban selbst vom Schlachtfeld geflüchtet sind, und ihre Anhänger nicht mehr wissen, wen sie unterstützen sollen. Die politische Situation in Pakistan machte Anfang Dezember einen relativ entspannten Eindruck, von einer Gefährdung Musharrafs war nicht mehr die Rede; er scheint die Geschicke seines Landes weiterhin fest im Griff zu haben. Man macht sich Hoffnungen auf Stabilität im Nachbarland durch die Bildung der Übergangsregierung nach der Konferenz in Königswinter. Aber nach wie vor ist Pakistan mit den Flüchtlingsströmen beschäftigt. Mindestens zwei Millionen Flüchtlinge leben zur Zeit im Land, UNHCR errichtete neue Flüchtlingslager in den Stammesgebieten. Die pakistanische Regierung betont immer wieder, daß sie allein die Last der Flüchtlinge tragen muß und fordert, daß ihre Versorgung als globale Verpflichtung verstanden wird. In den Medien werden immer öfter Stimmen laut, die die Flüchtlinge als Belastung für das Land bezeichnen. Mitleid mit den flüchtenden Menschen und ihren Schicksalen wird zwar immer betont, aber gleichzeitig werden sie auch als Unruhestifter charakterisiert. „Unsere Wälder wurden abgeholzt, unsere Geschäftsleute verdrängt, unsere politische Orientierung hat sich in Richtung zunehmender Islamisierung verändert. Wir können nicht mehr neue Flüchtlinge vertragen“, faßt es ein Journalist zusammen. „Pakistan darf auch in Zukunft nicht von der Internationalen Gebergemeinschaft vernachlässigt werden, Hilfs- und Aufbauaktivitäten dürfen sich nicht allein auf Afghanistan konzentrieren“, appelliert er weiter.

Stimmungswandel in der Bevölkerung

Direkt nach dem terroristischen Angriff auf die USA bezogen breite Bevölkerungsschichten und auch Intellektuelle Stellung gegen die Taliban und Usama Bin Laden, schildert Dr. Shahjehan, Professor für Massenmedien und Journalistik in Peshawar, die Reaktionen in Pakistan. Doch nach seinen Beobachtungen änderte sich die Stimmung im Land durch die Angriffe auf Afghanistan: „Plötzlich kam Unmut gegen ‚den We-

sten' auf. Auch Menschen, die keine Zugehörigkeit zu Parteien oder religiösen Gruppierungen haben, besuchten religiöse Kundgebungen. Viele pakistanische Sympathisanten gingen über die Grenze nach Afghanistan, um die kämpfenden Taliban zu unterstützen. Solidaritäts-Spendenaktionen für betroffene pakistanische Kämpfer und ihre Familien wurden durchgeführt. Gefallene pakistanische Taliban wurden mit allen Ehren beigesetzt. Die urdu- und pashtusprachigen Zeitungen bezogen eine starke Pro-Taliban-Position und verstärkten so die vorhandenen Stimmungstendenzen.“

In den letzten Wochen ist aber erneut eine Stimmungsschwankung zu verspüren. Die Taliban haben sich ergeben, wurden umgebracht, verschwinden langsam aus dem politischen Sichtfeld. Eine gewisse Entspannung und Erleichterung ist spürbar, und Ängste, daß Pakistan tiefer in das Geschehen gezogen wird, verlieren an Intensität. Unklar ist, wie Pakistan mit den neuen Flüchtlingsströmen fertig werden wird, und wie sich die Anwesenheit der zahlreichen Taliban, die sich besonders nach Beluchistan und in die NWFP zurückgezogen haben, zukünftig für Pakistan auswirken wird.

Susanne Thiel ist Mitarbeiterin der Zentralstelle für Auslandskunde der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) in Bad Honnef und hielt sich im November/Dezember 2001 als Mitglied einer GTZ-Delegation in Pakistan auf



Kinder im afghanischen Flüchtlingslager Jalozai bei Peshawar (Foto: Jorge Scholz)